

**Protokoll
über die 121. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses
-Sondersitzung- am 23.04.2018**

Beginn: 16:30 Uhr
Ende: 16:50 Uhr
Ort: Rathaus; Alter Ratssaal; Am Markt 14; 19055 Schwerin

Anwesenheit

Vorsitzender

Badenschier, Rico, Dr. Oberbürgermeister

ordentliche Mitglieder

Böttger, Gerd	entsandt durch Fraktion DIE LINKE	
Brauer, Hagen, Dr.	entsandt durch AfD-Fraktion	ab TOP 5
Ehlers, Sebastian	entsandt durch CDU-Fraktion	
Foerster, Henning	entsandt durch Fraktion DIE LINKE	
Horn, Silvio	entsandt durch Fraktion Unabhängige Bürger	
Janew, Marleen	entsandt durch Fraktion DIE LINKE	
Masch, Christian	entsandt durch SPD-Fraktion	
Meslien, Daniel	entsandt durch SPD-Fraktion	
Nagel, Cornelia	entsandt durch Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	
Nolte, Stephan	entsandt durch CDU-Fraktion	
Rudolf, Gert	entsandt durch CDU-Fraktion	

Verwaltung

Gabriel, Manuela
Helms, Michael
Könn, Tony
Müller, Karen
Nemitz, Patrick
Nottebaum, Bernd
Riemer, Daniel
Ruhl, Andreas

Gäste

Schmidt, Stefan
Strauß, Manfred

Fraktionsgeschäftsführer

Kowalk, Peter
Meinhardt, Cindy
Spelling, Madlen
Zischke, Thomas

Leitung: Dr. Rico Badenschier

Schriftführer: Simone Timper

Festgestellte Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung

2. Nachtragshaushaltssatzung 2018
Vorlage: 01361/2018

3. Zuwendung für die Schuldner- und Insolvenzberatungsstelle für 2018
Vorlage: 01359/2018

4. Stadterneuerung in Schwerin-Paulsstadt, Neugestaltung der Lübecker Straße von der Steinstraße bis zum Platz der Freiheit
Vorlage: 01339/2018

5. Änderung der Schülerbeförderungssatzung und der Umsetzungsrichtlinie für Leistungen aus dem BuT-Paket
Antragstellerin: Fraktion DIE LINKE
Vorlage: 01326/2018

6. Schlechterstellung von BuT-Berechtigten durch Schülerbeförderungssatzung
Antragstellerin: Fraktion DIE LINKE
Vorlage: 01327/2018

7. Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung**

Bemerkungen:

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Rico Badenschier eröffnet die 121. Sitzung des Hauptausschusses, begrüßt die anwesenden Mitglieder des Hauptausschusses, der Verwaltung und die Gäste. Er stellt die form- und fristgerechte Ladung zur Sitzung des Hauptausschusses sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Die Tagesordnung wird bestätigt.

zu 2 **Nachtragshaushaltssatzung 2018 Vorlage: 01361/2018**

Bemerkungen:

Der Ausschuss für Bauen, Stadtentwicklung und Verkehr hat der Beschlussvorlage am 05.04.2018 einstimmig bei zwei Stimmenthaltungen zugestimmt.

Der Ausschuss für Finanzen hat der Beschlussvorlage am 19.04.2018 mehrheitlich bei einer Gegenstimme und zwei Stimmenthaltungen zugestimmt.

Der Ausschuss für Kultur, Gesundheit und Bürgerservice hat der Beschlussvorlage am 10.04.2018 mehrheitlich bei einer Gegenstimme und vier Stimmenthaltungen zugestimmt.

Der Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales hat der Beschlussvorlage am 12.04.2018 einstimmig bei zwei Stimmenthaltungen zugestimmt.

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtvertretung folgende Beschlussfassung:

Die Stadtvertretung beschließt die Nachtragshaushaltssatzung 2018 einschließlich aller Anlagen.

Die Beschlussfassung durch die Stadtvertretung ist für die Sitzung am 23.04.2018 vorgesehen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 9
Nein-Stimmen: 1
Enthaltung: 1

Beschlusnummer:

0121/HA/0852/2018

zu 3 Zuwendung für die Schuldner- und Insolvenzberatungsstelle für 2018
Vorlage: 01359/2018

Bemerkungen:

Der Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales hat der Beschlussvorlage am 12.04.2018 einstimmig zugestimmt.

Der Ausschuss für Finanzen hat der Beschlussvorlage am 19.04.2018 einstimmig zugestimmt.

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtvertretung folgende Beschlussfassung:

Die Stadtvertretung beschließt die Gewährung einer Zuwendung an die Volkssolidarität, Landesverband Mecklenburg-Vorpommern e.V. in Höhe von 104.756,72 € für das Haushaltsjahr 2018 für die Schuldner- und Insolvenzberatungsstelle.

Der Oberbürgermeister wird ermächtigt den Zuwendungsbescheid auszufertigen und die Mittel auszureichen.

Die Beschlussfassung durch die Stadtvertretung ist für die Sitzung am 23.04.2018 vorgesehen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Beschlusnummer:

0121/HA/0853/2018

zu 4

**Stadterneuerung in Schwerin-Paulsstadt, Neugestaltung der Lübecker Straße von der Steinstraße bis zum Platz der Freiheit
Vorlage: 01339/2018**

Bemerkungen:

1.)

Es liegt ein Ergänzungsantrag der Fraktion Unabhängige Bürger vom 19.04.2018 vor.

Der Beschlussvorschlag soll um den Satz:

„Es erfolgt keine Beteiligung der Anlieger über Straßenausbaubeiträge nach Kommunalabgabengesetz (KAG M-V).“

ergänzt werden.

2.)

Der Ausschuss für Bauen, Stadtentwicklung und Verkehr hat der Beschlussvorlage am 05.04.2018 einstimmig zugestimmt.

Der Ausschuss für Finanzen hat am 19.04.2018 den Ergänzungsantrag der Fraktion Unabhängige Bürger mehrheitlich bei vier Dafürstimmen abgelehnt und der Beschlussvorlage einstimmig bei einer Stimmenthaltung zugestimmt.

Der Ortsbeirat Altstadt, Feldstadt, Paulsstadt, Lewenberg hat der Beschlussvorlage bereits am 17.01.2018 zugestimmt.

3.)

Nach eingehender Diskussion im Hauptausschuss stellt der Oberbürgermeister zunächst den Ergänzungsantrag der Fraktion Unabhängige Bürger zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	5
Nein-Stimmen:	6
Enthaltung:	0

Der Hauptausschuss lehnt den Ergänzungsantrag der Fraktion Unabhängige Bürger ab.

Der Oberbürgermeister stellt die Beschlussvorlage der Verwaltung zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtvertretung folgende Beschlussfassung:

Der Erneuerung der Lübecker Straße zwischen Steinstraße und Platz der Freiheit unter Einsatz von Städtebauförderungsmitteln wird zugestimmt.

Die Beschlussfassung durch die Stadtvertretung ist für die Sitzung am 23.04.2018 vorgesehen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 6
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 5

Beschlusnummer:

0121/HA/0854/2018

zu 5 **Änderung der Schülerbeförderungssatzung und der Umsetzungsrichtlinie für Leistungen aus dem BuT-Paket**
Antragstellerin: Fraktion DIE LINKE
Vorlage: 01326/2018

Bemerkungen:

- 1.)
Die Stellungnahme des Stadtelternrates liegt vor und wurde zum Antrag in die Informationssysteme eingestellt.
- 2.)
Es liegt ein Schreiben aus dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur zur Schülerbeförderung in der Landeshauptstadt Schwerin vor.
- 3.)
Der Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales hat den Antrag am 08.03.2018 einstimmig mit folgender Ergänzung im Beschluss zugestimmt.
„Im Falle einer Satzungsänderung werden die analogen Werte auch für die maßgeblichen Bestimmungen im BuT übernommen.“

Der Ausschuss für Finanzen hat den Antrag am 19.04.2018 mehrheitlich bei zwei Dafürstimmen abgelehnt.
- 4.)
Herr Foerster informiert, dass die Antrag stellende Fraktion die Ergänzungen aus dem Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales übernehmen.

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtvertretung folgende geänderte Beschlussfassung:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die "Satzung der Landeshauptstadt Schwerin über die Schülerbeförderung und die Erstattung von notwendigen Aufwendungen" und die Richtlinie zur Umsetzung für die Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket dahingehend zu ändern, dass die Mindestentfernungen zwischen Wohn- und Schulstandort zur Übernahme der Fahrtkosten, auf folgende Werte geändert werden:

Schülerinnen und Schüler bis zur Klassenstufe 6: 1 km
Schülerinnen und Schüler ab Klassenstufe 7: 2 km

Der geänderte Entwurf ist dementsprechend im zweiten Schulhalbjahr in den Schulkonferenzen der öffentlichen Schweriner Schulen und in der Elternvertretung zu diskutieren. Die Beteiligung sollte zeitnah begonnen und so durchgeführt werden, dass eine Beschlussfassung der geänderten Satzung zum 18. Juni 2018 in der Stadtvertretung erfolgen kann. Die Satzungsänderungen sollen zum 1.8.2018 in Kraft treten.

Im Falle einer Satzungsänderung werden die analogen Werte auch für die maßgeblichen Bestimmungen im BuT übernommen.

Die Beschlussfassung durch die Stadtvertretung ist für die Sitzung am 23.04.2018 vorgesehen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 9
Nein-Stimmen: 3
Enthaltung: 0

Beschlusnummer:

0121/HA/0855/2018

**zu 6 Schlechterstellung von BuT-Berechtigten durch
Schülerbeförderungssatzung
Antragstellerin: Fraktion DIE LINKE
Vorlage: 01327/2018**

Bemerkungen:

1.)

Es liegt eine Änderungsmitteilung der Antrag stellenden Fraktion vom 08.03.2018 vor.

2.)

Die Stellungnahme des Stadtelterrates liegt vor und wurde zum Antrag in die Informationssysteme eingestellt.

3.)

Der Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales hat der Änderungsmitteilung am 08.03.2018 einstimmig mit folgender Ergänzung zugestimmt:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, *im Einvernehmen mit der Geschäftsführung des Nahverkehrs Schwerin die Grundlage dafür zu schaffen, dass zum Fahrplanwechsel diesen Jahres:*

1. einen Monatskarten-Sozialtarif im Ausbildungsverkehr für Inhaber der Bildungskarte zum Preis von 21,30 € einzuführen.

2. die Möglichkeit zu schaffen, dass Inhaber des kostenlosen Sonderfahrausweises für die Schülerbeförderung an den Fahrkartenautomaten des NVS die Bezahlung des Differenzbetrages (17,30 € bei der Monatskarte) zur

vollwertigen Zeitfahrkarte im Ausbildungsverkehr direkt an den NVS zahlen und damit den Sonderfahrausweis zu einer vollwertigen Zeitfahrkarte im Ausbildungsverkehr aufwerten können.

Der Ausschuss für Finanzen hat zur Änderungsmitteilung am 19.04.2018 beraten und den Beschlusspunkt 1.) mehrheitlich bei zwei Dafürstimmen abgelehnt. Dem Beschlusspunkt 2.) wurde einstimmig zugestimmt und in einen Prüfantrag geändert.

4.)

Herr Schmidt erläutert den Antrag.

Nach eingehender Diskussion im Hauptausschuss werden die Beschlusspunkte einzeln in der Fassung der Änderungen aus den Fachausschüssen zur Abstimmung gestellt.

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtvertretung folgende geänderte Beschlussfassung:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, *im Einvernehmen mit der Geschäftsführung des Nahverkehrs Schwerin die Grundlage dafür zu schaffen, dass zum Fahrplanwechsel diesen Jahres:*

1. einen Monatskarten-Sozialtarif im Ausbildungsverkehr für Inhaber der Bildungskarte zum Preis von 21,30 € einzuführen.
2. die Möglichkeit *zu prüfen, ob* Inhaber des kostenlosen Sonderfahrausweises für die Schülerbeförderung an den Fahrkartenautomaten des NVS die Bezahlung des Differenzbetrages (17,30 € bei der Monatskarte) zur vollwertigen Zeitfahrkarte im Ausbildungsverkehr direkt an den NVS zahlen und damit den Sonderfahrausweis zu einer vollwertigen Zeitfahrkarte im Ausbildungsverkehr aufwerten können.

Die Beschlussfassung durch die Stadtvertretung ist für die Sitzung am 23.04.2018 vorgesehen.

Abstimmungsergebnis: **zum Beschlusspunkt 1.)**

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	3
Enthaltung:	2

Abstimmungsergebnis: **zum Beschlusspunkt 2.)**

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Beschlusnummer:

0121/HA/0856/2018

zu 7 **Sonstiges**

Bemerkungen:

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

gez. Dr. Rico Badenschier

Vorsitzender

gez. Simone Timper

Protokollführerin